

Inhalt

1) NEUE VERHALTENSREGELN FÜR MEDIEN UND POLIZEI.....	1
2) FORTSCHICKEN, FESTHALTEN, FERNHALTEN... JOURNALIST*INNEN UND POLIZEIBEAMT*INNEN IM EINSATZ.....	2
3) „CORONA-HILFEN FÜR SOLOSEBSTSTÄNDIGE“ – EINLADUNG ZU EINER VIDEOKONFERENZ AM MITTWOCH, DEN 16.DEZEMBER UM 19 UHR	2
4) WER FÖRDERT DIE MEDIEN BEI INNOVATIONEN?.....	3
5) AUSSCHREIBUNG KASSELER DEMOKRATIE-IMPULS.....	3
6) TARIFVERTRAG REGELT ALTERSTEILZEIT BEIM „SPIEGEL“	3
7) HAUSPROJEKT SCHAFFT RÄUME FÜR PROJEKTE UND KREATIVES IN FRANKFURT	4
8) FOTOGRAFIEREN IST UNERWÜNSCHT	4
9) IMPRESSUM.....	5

1) NEUE VERHALTENSREGELN FÜR MEDIEN UND POLIZEI

Der Deutsche Presserat hat der Innenministerkonferenz einen Vorschlag über zeitgemäße gemeinsame Verhaltensgrundsätze für Polizei und Medien vorgelegt. Es sei höchste Zeit, dass Journalistinnen und Journalisten bei Demonstrationen und Großveranstaltungen besser geschützt werden und ungehindert arbeiten können, erklärte Sascha Borowski, Sprecher des Deutschen Presserats, zur aktuellen Vorlage.

Den Entwurf für Verhaltensregeln hat der Deutsche Presserat mit seinen Trägerverbänden dju, DJV, BDZV und VDZ sowie der ARD, dem ZDF, dem Deutschlandradio und dem Verband Privater Medien VAUNET erarbeitet.

Zum kompletten Artikel auf M online:

<https://mmm.verdi.de/beruf/neue-verhaltensregeln-fuer-medien-und-polizei-69813>

2) FORTSCHICKEN, FESTHALTEN, FERNHALTEN... JOURNALIST*INNEN UND POLIZEIBEAMT*INNEN IM EINSATZ

DIGITALER WOKSHOP AM MITTWOCH, 9.DEZEMBER

Exklusiv für Medienschaffende in ver.di - speziell für Kameraleute, Journalist*innen, Fotograf*innen am Mittwoch, 9. Dezember, um 18:30 Uhr.

Wenn Journalist*innen kritisch recherchieren, Auskünfte verlangen oder von Versammlungen berichten, erleben sie immer wieder, dass sie von Einsatzkräften der Polizei in der Berichterstattung behindert werden. Aber dürfen Beamt*innen verbieten, zu fotografieren, eine Versammlung in einem Bahnhofsgebäude zu dokumentieren, dürfen sie Journalist*innen fortschicken, festhalten, fernhalten? Dürfen sie Personalien aufnehmen, obwohl sie den Presseausweis sehen? Ist es rechtmäßig, eine SD-Karte zu beschlagnahmen oder gar zu fordern, Bilder zu löschen?

Im Ernstfall müssen Journalist*innen schnell entscheiden, wie sie sich und die Pressefreiheit praktisch schützen können. Dann ist klar im Vorteil, wer seine Rechte kennt. Rechtsanwalt Dr. Jasper Prigge gibt einen Überblick über das Spannungsverhältnis von journalistischer Tätigkeit und Polizeiarbeit. Welche Rechte haben Journalist*innen gegenüber Polizeibeamt*innen? Welche Macht hat ein Presseausweis überhaupt? Und was ist zu beachten, wenn die Polizei ein Ermittlungsverfahren einleitet?

Anmeldung bis zum 8. Dezember 2020, 12 Uhr, bei tina.fritsche@verdi.de
Die Teilnahme ist kostenlos.

3) „CORONA-HILFEN FÜR SOLOSEBSTSTÄNDIGE“ – EINLADUNG ZU EINER VIDEOKONFERENZ AM MITTWOCH, DEN 16.DEZEMBER UM 19 UHR

Um (Solo-)Selbstständige in der Krise zu unterstützen, hat die Politik Hilfen versprochen. Inzwischen kann zumindest die sog. „Novemberhilfe“ beantragt werden. Diese soll auch im Dezember fortgeführt werden. Außerdem soll es für die darauffolgenden Monate eine „Neustarthilfe“ geben, die als Vorschuss ausgezahlt werden soll (max. 5000 Euro).

Positiv ist, dass die Neustarthilfe immerhin das Prinzip des Einkommensersatzes einführt. Für die Zukunft brauchen wir aber eine bessere soziale Absicherung für die Solo-Selbstständigen, so dass diese nicht mehr durchs Raster des Sozialstaats fallen und nur noch der Weg zum Jobcenter bleibt.

Ver.di fordert unbürokratische Hilfen, die für alle Solo-Selbstständigen greifen und 75 Prozent der Einnahmeausfälle sichert. Wie können wir dieses Ziel gemeinsam erreichen?

Wir wollen uns mit Euch darüber austauschen, ob die Hilfen tatsächlich bei Euch ankommen? Erhalten direkt - aber auch indirekt - Betroffene Zahlungen aus den aktuellen

Programmen? Welche Erfahrungen macht Ihr ggf. mit dem „vereinfachten“ Zugang zur Grundsicherung?

Anmeldungen bitte per Mail an: anja.willmann@verdi.de

Wir schicken dann rechtzeitig vor der Veranstaltung die Zugangsdaten zur Videokonferenz zu.

4) WER FÖRDERT DIE MEDIEN BEI INNOVATIONEN?

Mit dem Ende Oktober vom Bundeswirtschaftsministerium beschlossenen Hilfspaket von 220 Millionen Euro steigt Deutschland erstmals in die direkte Presseförderung ein. Formuliertes Ziel ist „die erforderliche digitale Transformation des Verlagswesens“. Zugleich heißt es: „Die geplante Innovationsförderung muss sicherstellen, dass die Unabhängigkeit der Redaktionen gänzlich unberührt bleibt.“

Zum kompletten Artikel auf M online:

<https://mmm.verdi.de/medienwirtschaft/wer-foerdert-die-medien-bei-innovationen-69749>

5) AUSSCHREIBUNG KASSELER DEMOKRATIE-IMPULS

Die Stadt Kassel schreibt 2020 zum zweiten Mal eine jährlich zu vergebende Auszeichnung für herausragende wissenschaftliche Arbeiten sowie tiefgreifende, analytische journalistische Arbeiten aus. Dies gilt für Arbeiten, die Rassismus, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in der Gesellschaft thematisieren und sich insbesondere mit Rechtsextremismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus auseinandersetzen.

Alle Informationen zur Ausschreibung:

https://www.kassel.de/buerger/rathaus_und_politik/rund-ums-rathaus/ehrun-gen-und-preise/preise-der-stadt/ausschreibung-kasseler-demokratie-impuls.php

6) TARIFVERTRAG REGELT ALTERSTEILZEIT BEIM „SPIEGEL“

Erstmals gibt es beim Spiegel eine tarifliche Regelung zur Altersteilzeit: Die Gewerkschaften ver.di und der DJV haben mit dem Arbeitgeber einen entsprechenden Tarifvertrag ausgehandelt, der für alle Beschäftigten der Spiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG und der Der Spiegel GmbH & Co. KG gilt, also sowohl für Redakteur*innen als auch für die Verlagsangestellten.

Vorgesehen ist ein sogenanntes Blockmodell, das sich maximal über sechs Jahre zieht und sich klassischerweise in eine aktive und eine passive Phase teilt. Das bedeutet zum Beispiel, dass in den ersten drei Jahren 100 Prozent gearbeitet wird und in den darauffolgenden drei Jahren keine Arbeit mehr geleistet werden muss. Für die gesamte Altersteilzeit – also sowohl für die aktive als auch für die passive Phase – wird ein Gehalt gezahlt. Durch Aufstockungsbeträge sichert es zwischen etwa 80 und 90 Prozent des bisherigen Nettoverdienstes. Die Regelung enthält eine für ver.di wichtige soziale Komponente: 90 Prozent gelten für eher niedrigere Gehälter, 80 Prozent für die höheren Gehaltsgruppen.

7) HAUSPROJEKT SCHAFFT RÄUME FÜR PROJEKTE UND KREATIVES IN FRANKFURT

Die Gruppe Kollektiv Leben e.V. (kurz: KOLLE), plant als gemeinschaftliches Wohnprojekt, ein Haus in Frankfurt Griesheim zu bauen. In KOLLE entstehen in den nächsten drei Jahren erschwingliche Wohnungen für große und kleine Lebensgemeinschaften. Dabei sind nicht nur einzelne Wohneinheiten geplant, vielmehr sorgen geteilte Wohnräume und Aktivitäten für eine sich gegenseitig unterstützende und gemeinsam lebende Gemeinschaft. Wichtig ist der Gruppe auch die Öffnung des Hauses für Quartier und Stadt. Aus diesem Grund entstehen im Erdgeschoss Räume, die das ganze Stadtviertel nutzen und zusammenbringen kann: Eine Kreativwerkstatt, in der voneinander gelernt und gemeinsam gebaut und repariert werden kann; ein Nachbarschaftstreff, für flexible Veranstaltungsideen; ein Beratungsangebot von Faire Mobilität zu Arbeitsrecht im Speziellen für Wanderarbeiter*innen von nebenan und ein Co-Working-Space, in dem Kreative gemeinsam arbeiten können. Gerade der Co-Working-Space wird interessante Möglichkeiten für Freiberufler*innen schaffen.

Weitere Informationen gibt es hier: <https://kolle-frankfurt.de>

8) FOTOGRAFIEREN IST UNERWÜNSCHT

Die Pressefotografen und Kameralleute auf den Kanaren sind empört. Seit Wochen kommen vermehrt Flüchtlingsboote vom afrikanischen Festland auf die Inseln. Die meisten landen auf Gran Canaria. Mindestens 15.000 Migranten sind im Laufe des Jahres auf den Kanaren angekommen. So viele waren es seit 2006 nicht mehr. Doch es gibt kaum Bilder in den Zeitungen und im Fernsehen.

Zum kompletten Artikel auf M online:

<https://mmm.verdi.de/internationales/fotografieren-ist-unerwuenscht-69661>

9) IMPRESSUM

Der dju-Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Landesvorstand der hessischen dju in ver.di herausgegeben.

Namentlich oder mit Kürzel gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des dju-Landesvorstandes wieder.

Wir übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte von Seiten im Internet, die über einen von uns veröffentlichten Link erreicht werden.

Verantwortlich: Manfred Moos, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Landesbezirk Hessen, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main, Telefon 069/2569-1525, Fax -1599

Mail: dju.hessen@verdi.de